



ASIEN/PAKISTAN - Rimsha ist frei: Der Fall ebnet den Weg für eine Revision des Blasphemie-Paragraphen

Islamabad (Fidesdienst) – Der pakistanische Richter Muhammad Azam Khan hat heute Morgen die Freilassung von Rimsha Masih gegen Kaution veranlasst. Das christliche Mädchen war festgenommen worden, weil es angeblich Koranseiten verbrannt haben soll. Die Kaution für die Freilassung beträgt 500.000 Rupie, umgerechnet etwa 4.500 Euro. Dem Antrag auf Freilassung wurde stattgegeben, da die Beweise als unzureichend waren, um eine Haftverlängerung für die Minderjährige mit einer geistigen Behinderung zu veranlassen. Das richterliche Urteil war zunächst für 15.00 Uhr – nach Ende des Freitagsgebets – angekündigt worden, erging nun aber überraschender Weise früher.

„Das Urteil zugunsten des Mädchens ist unter verschiedenen Gesichtspunkten positiv“, so Prof. Mobeen Shahid, der als Dozent für islamische Philosophie und Religion an der Päpstlichen Lateranuniversität unterrichtet. Seiner Ansicht nach wurde „erstmalig öffentlich hervorgehoben, dass der Blasphemie-Paragraph durch falsche Vorwürfe manipuliert werden kann. Dies wird die bereits geführte Diskussion im Hinblick auf eine mögliche Änderung der Bestimmungen zur Anwendung des Gesetzes voranbringen“. Shahid erklärt, welche Punkte Gegenstand einer solchen Änderung sein könnten: „Vor einer Anzeige wegen Blasphemie stattgegeben wird, sollten sorgfältige Ermittlungen stattfinden. Und Ankläger sollten isoliert werden, damit sie unter den Menschen keinen Hass schüren können, so lange bis es keine Beweise für die Gültigkeit der Anklage gibt. Sollten sich die Vorwürfe als falsch erweisen – und dies fordern auch Ulema – dann sollten die Ankläger bestraft werden“.

„Der Fall Rimsha“, so Pfarrer Inayat Bernard von der Zeitschrift „The Christian View“ in Lahore, „ist Anstoß für eine Revision der Bestimmungen zur Anwendung des Blasphemieparagraphen, zu dessen Opfer in der Vergangenheit sowohl religiöse Minderheiten als auch Muslime gehörten, da es immer wieder zu Missbrauch kam. Das neue Bewusstsein, das durch den Fall Rimsha in der Öffentlichkeit entstanden ist, ist ein Fortschritt und eine Gelegenheit, die unbedingt genutzt werden muss, damit in der pakistanischen Gesellschaft der Respekt der Menschenwürde und der Menschenrechte gewährleistet wird. Als Christen hoffen wir, dass Institutionen, Politiker und Religionsgemeinschaften angesichts dieser jüngsten Entwicklungen sich darüber einig werden, dass eine gemeinsame Absicht zur Verhinderung der Instrumentalisierung der Religion in Pakistan bestehen sollte.“ (GV) (Fidesdienst, 07/09/2012)